

NDB-Artikel

Groener, Karl Eduard *Wilhelm* württembergischer General und Reichsminister, * 22.11.1867 Ludwigsburg (Württemberg), † 3.5.1939 Bornstedt bei Potsdam. (evangelisch)

Genealogie

V Karl Eduard (1837–93), württ. Regimentszahlmeister, S d. Michael, Trainsoldat, dann Kanzleiaufwärter am Arsenal in L. (Webers-S aus Bolheim b. Heidenheim), u. d. Friederike Schütt;

M Auguste (1825–1907), T d. Jak. Frdr. Ferd. Boleg, Schultheiß in Aich b. Nürtingen, dann württ. Amtsnotar, u. d. Hedwig Deschler;

⊙ 1) Schwäb. Gmünd 1899 Helene (1884–1926), T d. Adolf Geyer (1818–1915), Dir. d. Städt. Wasserwerke Gmünd, u. d. Marie Hirner, 2) Berlin 1930 Ruth (* 1894), gesch. Glück, geb. Naeher;

1 T aus 1) Dorothea G.-Geyer (* 1900), 1 S aus 2).

Leben

G., der in seinen Memoiren selbst den Einfluß der schwäbischen Umwelt seiner Jugendjahre auf seine Lebensauffassung und seine sozialpolitischen Ansichten hervorhob, trat nach dem Besuch der Gymnasien in den Garnisonstädten des Vaters, Ulm und Ludwigsburg, mit Primareife 17jährig als Avantageur in das 3. Württembergische Infanterie Regiment Nummer 121 ein, in dem er, seit 1890 als Bataillonsadjutant, bis 1893 Dienst tat. Begabung, Arbeitskraft und Ehrgeiz bestimmten seinen Weg über das Offiziersexamen als Jahrgangsbester, die Kriegsakademie (1893–96) und eine zweijährige Kommandierung zur Topographischen Abteilung bis zur Aufnahme als Hauptmann in den Großen Generalstab (1899). Dort wurde für 17 Jahre, mit den üblichen Unterbrechungen durch Dienstleistung bei der Truppe und im Truppengeneralstab (1902–04 Kompaniechef im Infanterie Regiment 98 in Metz, 1908–10 Ia beim XIII. Armeekorps, 1910–11 Bataillonskommandeur im Infanterie Regiment 125 in Stuttgart), die Eisenbahnabteilung sein Arbeitsgebiet, dessen Hauptaufgabe er bald vorwiegend in der Verwirklichung der auch sein eigenes Denken nachhaltig beeinflussenden strategischen Konzeption Schlieffens sah. Anträge für den Ausbau des Bahnnetzes, die er stellte, nachdem er 1912 als Oberstleutnant und Abteilungschef die volle Verantwortung für die Mobilmachungstransporte übernommen hatte, sowie vorbereitende Arbeiten für eine größere Wendigkeit des Transportwesens und für die Versorgung der Großstädte im Kriegsfall hatten sich noch nicht voll auswirken können, als der Kriegsausbruch 1914 für G. die Bewährungsprobe als Chef des Feldeisenbahnwesens brachte. An dem reibungslosen Aufmarsch

eines Millionenheeres wurde ihm das Hauptverdienst zugeschrieben, die Vervollkommnung der Eisenbahn als Hilfsmittel der Operationen im ersten Kriegsjahr steigerte noch sein Ansehen, das auch in zahlreichen Ehrungen und bevorzugter Beförderung zum Generalmajor (26.6.1915) zum Ausdruck kam. Trotz seiner auch vom Vertrauen Wilhelms II. getragenen Stellung im Großen Hauptquartier konnte er seine von der Gedankenwelt Schlieffens bestimmte Kritik an Falkenhayns Führung der Operationen nur in Form von Vorschlägen, ohne eigene Verantwortung oder Einfluß auf die tatsächliche Durchführung, vorbringen.

Der im Dezember 1915 zusätzlich übernommene, noch im Zusammenhang mit dem Transportwesen stehende Auftrag, die Getreideeinfuhr aus Rumänien zu leiten, brachte in G.s Leben die Wende zu außermilitärischen Aufgaben. Am 26.5.1916 wurde er Vorstandsmitglied des neuerrichteten Kriegsernährungsamts, in dem die Anerkennung seines Organisationstalents ihm entscheidenden Einfluß verschaffte. Die mit der Beförderung zum Generalleutnant verbundene Ernennung zum Chef des Kriegsamt, dem die von der 3. Obersten Heeresleitung (OHL) energisch geforderte Ausschöpfung aller Produktionsreserven für die Kriegswirtschaft oblag, war ein Zeichen für das trotz früherer Reibungen bestehende volle Vertrauen Hindenburgs und Ludendorffs in G., machte jedoch die Trennung vom Feldeisenbahnwesen notwendig (1.11.1916). Die Vorlage des Hilfsdienstgesetzes hatte G. vor dem Reichstag noch in enger Fühlung mit Ludendorff zu vertreten, die Durchführung des Gesetzes konnte er dagegen nur in selbständigen Verhandlungen mit Zivilbehörden, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften leiten und überwachen. Auf diese Weise im Brennpunkt der sozialpolitischen Auseinandersetzungen, die in den Frühjahrsstreiks 1917 nach der russischen Revolution einen ersten Höhepunkt fanden, bemühte sich G. durch unparteiisch strenge Anwendung des Gesetzes Unternehmer und Arbeiter zu gemeinsamer Leistung anzuspornen und Produktionsverluste abzuwenden, geriet aber dabei trotz Unterstützung durch verständigungs bereite Gruppen ins Kreuzfeuer der Kritik: daß er Arbeitervertreter als gleichberechtigte Partner anerkannte, war für industrielle Kreise eigenmächtige Nachgiebigkeit; der militärische Ton seines Appells an die Heimat („Ein Hundsfott, wer streikt, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen“) wurde von revolutionären Gruppen dazu benützt, Mißtrauen gegen ihn zu wecken. Unter dem damals gewonnenen Eindruck des begrenzten Kriegspotentials und der wachsenden sozialpolitischen Spannung trat G. in Widerspruch zu der vorherrschenden, auch von ihm|lange geteilten uneingeschränkten Siegeszuversicht. Anläßlich des Kanzlerwechsels im Juli 1917 versuchte er mit dem Vorschlag, die Ausnützung der Konjunktur durch Unternehmergewinne und Lohnsteigerungen mit staatlichen Eingriffen zu beschneiden, eine besonders schwere Hypothek der Kriegführung zu beseitigen. Seine Abberufung aus dem Kriegsamt am 16.8.1917 wurde in der Öffentlichkeit als Ablehnung seiner sozialpolitischen Haltung aufgefaßt.

Sechs Monate als Truppenführer im Westen (Kommandeur der 33. Infanterie-Division, Führer des XXV. Reserve-Korps) vermittelten G. Einblick in den Stellungskrieg und die Stimmung der Truppe, gaben ihm jedoch nur selten Gelegenheit zu eigener Führung im Kampf. Größere Selbständigkeit bot ihm im März 1918 die Führung des I. Armeekorps bei der fast kampflösen

Besetzung der Ukraine, die Ernennung zum Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Eichhorn/Kiew (28.3.-27.10.1918) stellte ihn vor organisatorische und politische Aufgaben. Die erstrebte wirtschaftliche Heranziehung der Ukraine für die erschöpften Mittelmächte führte wiederholt zu Reibungen mit der österreichisch-ungarischen Heeresleitung und erforderte die Überwachung, dann Umbildung der ukrainischen Regierung, die gegen den Bolschewismus, mit dem G. hier in erste Berührung kam, gestützt werden mußte.

Die Berufung zum Ersten Generalquartiermeister als Nachfolger Ludendorffs (29.10.1918), für die ihm seine Verwaltungserfahrung und die Aussicht auf vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den neuen parlamentarischen Kräften den Vorzug unter den militärisch geeigneten Kandidaten gaben, stellte G. in das Ringen um Waffenstillstand und Staatsreform. Die nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns und der Türkei notwendige Beendigung des Krieges bereitete er am 3.11. mit der Rücknahme der Westfront in die Antwerpen-Maas-Stellung vor, erklärte allerdings noch am 5.11. dem Kriegskabinet, er hoffe damit für einige Wochen einen Zusammenbruch der Front verhindern zu können. Unter dem Eindruck der Revolution in Kiel und eines Rückschlags im Westen forderte er jedoch am 6.11. die sofortige Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen. Eine Abdankung des Kaisers lehnte G. vor allem mit Rücksicht auf den Zusammenhalt des Heeres ab, auch noch am 6.11., als die Sozialdemokraten sie als einzigen Weg bezeichneten, die Monarchie zu retten. Schon am 2.11. hatte G. jedoch angeregt, Wilhelm II. solle den Tod an der Front suchen. Die Niederwerfung der Revolution, die der Kaiser am 8.11. plante, lehnte G. in Übereinstimmung mit Hindenburg am 9.11. als undurchführbar ab. Um Wilhelm II. vor illusionären Schritten zu bewahren, erklärte er unter Hinweis auf das Urteil befragter Frontkommandeure, das Heer stehe nicht mehr hinter dem Kaiser; die hieraus und aus der vorzeitigen Bekanntgabe der Abdankung gezogene Konsequenz des Grenzübertritts nach Holland mißbilligte er. Die Verbindung mit Ebert als Inhaber der Macht in der Heimat, die schon für die Entscheidung über die von Hindenburg und G. als unvermeidlich angesehene Annahme der Waffenstillstandsbedingungen und im Interesse einer ausreichenden Versorgung des Heeres schnell hergestellt werden mußte, erweiterte G. in eigener Initiative, doch mit nachträglicher Billigung Hindenburgs, zu einem „Bündnis“, durch das bis zur Errichtung demokratisch legitimierter Institutionen die Autorität der militärischen Führung gesichert und Eberts gemäßigte Politik im Rat der Volksbeauftragten gegen linksradikale Angriffe verteidigt wurde. Von G. verlangte diese Zusammenarbeit angesichts der revolutionären Situation wiederholt Zugeständnisse, die ihm in Teilen des Offizierskorps Vorwürfe eintrugen, so auch sein vergeblicher Versuch, durch Bildung von Vertrauensräten in der Truppe der von Soldatenräten zuvorzukommen. Nach der trotz knappster Fristen reibungslosen Rückführung des Heeres blieb als einzige militärische Aufgabe die Sicherung der Ostgrenzen bis zum Friedensschluß, für deren Leitung das Hauptquartier der OHL von Wilhelmshöhe (14.11.1918-13.2.1919) nach Kolberg übersiedelte. Im Vordergrund standen jedoch die Fragen des Friedensvertrags und des Aufbaus der Reichswehr. Gegen starke Strömungen im Offizierskorps (unter anderem den preußischen Kriegsminister Walter Reinhardt) trat G. unter Hinweis auf die geringe Bereitschaft des deutschen Volks und die wahrscheinliche Gefährdung der Reichseinheit gegen eine Wiederaufnahme des Kampfes ein, wobei für

ihn auch Nachrichten über Wilsons geschwächte Position in Versailles ins Gewicht fielen; entsprechend beantwortete er am 23.6. eine Anfrage des Reichspräsidenten, obwohl keine der deutschen Forderungen, auch nicht in den „Ehrenpunkten“, berücksichtigt war. Auch jetzt übernahm G. die Entscheidung, wie stets während der achtmonatigen Zusammenarbeit mit Hindenburg, in der sich dieser jeweils seinem Urteil angeschlossen und ihn mit seiner Autorität gedeckt hatte, die G. seinerseits als ein Gut der Nation zu erhalten bemüht war. Nachdem Hindenburg das Kommando niedergelegt hatte, erklärte sich G. bereit, für eine Übergangszeit die Kommandostelle Kolberg zu führen. Beim Aufbau der Reichswehr setzte er sich für einen starken Anteil ehemaliger Generalstabsoffiziere, auch im Reichswehrministerium, und für eine führende Tätigkeit des Generals von Seeckt ein. Gegen Eberts Wunsch bestand er, nicht zuletzt in dem Gefühl, durch wiederholte Übernahme notwendiger, aber unpopulärer Entscheidungen das Vertrauen vieler Offiziere verloren zu haben, auf seinem Abschied zum 30.9.1919.

Nach kurzer Zeit im Ruhestand, die er mit wissenschaftlichen Arbeiten zur Bilanz des Weltkrieges genutzt hatte, berief ihn Ebert ins Reichsverkehrsministerium, in dem er vom 25.7.1920 bis 12.8.1923 als parteiloser Fachminister mehrerer Regierungen den Wiederaufbau der reparationsgeschädigten Reichsbahn leitete, ohne politisch stärker hervortreten. In seiner danach wieder aufgenommenen literarischen Arbeit lag das Schwergewicht auf operativen Studien zum Sommer 1914, mit denen er das Erbe seines Lehrmeisters weiterzugeben versuchte (Das Testament des Grafen Schlieffen, 1927), zugleich jedoch die innerdeutsche Schuld Diskussion entgegen seiner eigenen umfassenderen Auffassung vom modernen Krieg in der einseitigen Erörterung operativer Versäumnisse bestärkte.

Am 20.1.1928 berief Hindenburg ihn als Nachfolger des Reichswehrministers Geßler zu erneuter politischer Wirksamkeit. Galten die ersten beiden Jahre neben dem Ausbau der Reichswehr (unter anderem Panzerkreuzer A) dem Bemühen, ihrer Überparteilichkeit eine positive Wendung zum bestehenden Staat hin zu geben und zugleich im Offizierskorps eine realistische Beurteilung der deutschen Möglichkeiten durchzusetzen („gesunder Pazifismus“), so nahm G. in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Chef des Ministeramts, K. von Schleicher, dem er große Selbständigkeit einräumte, in der Krise des Parteienstaats auch tätigen Anteil an der Herausbildung eines neuen Regierungssystems. Eine vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene, vom Parlament tolerierte Präsidialregierung entsprach am meisten G.s dem Parteiwesen und dem Parlamentarismus abholden verfassungspolitischen Vorstellungen, in denen auch der Reichswehrführung starker Einfluß zugeordnet war. Die innenpolitische Hauptbelastung des Kabinetts Brüning, das Anwachsen der NSDAP, stellte den Reichswehrminister vor eine besonders schwierige Aufgabe, weil in der 1931 durch Röhm's Führung schlagkräftiger gewordenen SA sich Kräfte in antidemokratischer Tendenz sammelten, die in einer durch innere Krisen belasteten, als bedrohlich empfundenen außenpolitischen Lage für die Hebung der Wehrbereitschaft gewonnen werden sollten. Zur Zusammenfassung der Maßnahmen für die innere und äußere Sicherheit wurde G. am 8.10.1931 zusätzlich das Reichsinnenministerium übertragen. Dadurch wurde er mit Reichskanzler Brüning, der das Auswärtige Amt übernahm, zur

einflußreichsten Persönlichkeit der Regierung, geriet jedoch in das Dilemma, als Innenminister gegen SA und SS vorgehen zu müssen, die er als Wehrminister für den Staat gewinnen und einem überparteilichen Wehrsportverband einordnen wollte. Die schweren Angriffe der NSDAP auf Hindenburg, den Träger des Präsidialkabinetts Brüning, anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1932 erzwangen eine Entscheidung, da die Innenminister mehrerer Länder bei weiterer Schonung der NSDAP durch G. mit eigenem Vorgehen drohten. Um einer unterschiedlichen Rechtslage im Reich vorzubeugen, erklärte sich G. am 5.4. bereit, ein Verbot der SA und SS beim Reichspräsidenten durchzusetzen, während sein Untergebener Schleicher nach anfänglicher Zustimmung die Ausnahmeverordnung mit Rücksicht auf die Reichswehr und den auch von G. nicht aufgegebenen Plan eines überparteilichen Verbands kritisierte, bei Hindenburg gegen G. arbeitete und mit Führern der NSDAP Fühlung aufnahm. Aus außenpolitischen Gründen eine Regierungskrise scheuend, versäumten es Brüning und G., von Hindenburg einen Beweis seines fragwürdig gewordenen Vertrauens zu fordern. Nach einer rhetorischen Niederlage im Reichstag bei Verteidigung des SA-Verbots trat G., von Schleicher mit dem Hinweis auf das fehlende Vertrauen der Reichswehr gedrängt, am 13.5. als Reichswehrminister zurück, konnte damit aber den Sturz Brünings, der auch seinen Rücktritt als Innenminister brachte (30.5.1932), nicht verhindern.

G.s historische Bedeutung liegt vor allem in dem Beitrag, den er 1918/19 zur Errichtung und Festigung eines demokratischen Staates in Deutschland leistete. Vom Geist des preußischen Generalstabs stark geprägt, seit 1916 jedoch die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat erfassend und in seiner Arbeit im Kriegsamts verkörpernd, zugleich durch die dabei gezeigte sozialpolitische Aufgeschlossenheit auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vertrauenswürdig, konnte er der auch von ihm selbst bis zum Zusammenbruch der Monarchie gewährten Loyalität der Armee in der Reichseinheit und im demokratischen Rechtsstaat einen neuen Orientierungspunkt|geben. Die in rechtsstehenden Kreisen verbreiteten Mißdeutungen seiner Haltung in der Abdankungs- und in der Friedensfrage, in denen er sich allein von nüchternem Wirklichkeitssinn bestimmt fühlte, schmälerten nicht sein Ansehen in der Republik, das auf seinem Organisationstalent und seinem stets systematisch erarbeiteten, auch im militärischen Bereich durch kollegialen Gedankenaustausch erhärteten Urteil beruhte. Trotzdem blieb seine Wirkung in politischen Auseinandersetzungen begrenzt, weil ihm Rednergabe und taktische Gewandtheit fehlten und er trotz ziviler Umgangsformen als wenig kompromißbereit galt. In den letzten Monaten seiner Amtszeit, als er zur Eindämmung der NSDAP zwischen widerstreitenden Aufgaben und Konzeptionen seiner beiden Ministerien zu entscheiden hatte, fehlte ihm jedoch auch die frühere Energie, unter anderem weil er seit seiner zweiten Heirat das volle Vertrauen Hindenburgs, das ihm bis dahin Rückhalt gegen alle Angriffe gegeben halte, nicht mehr besaß.

Nach seinem Rücktritt äußerte er sich noch gelegentlich in Aufsätzen zu weltpolitischen und sozialen Fragen, hielt sich aber seit der Machtergreifung Hitlers ganz zurück; doch blieben ihm öffentliche Kränkungen im Frühjahr 1933 nicht erspart. Seit 1934 in Bornstedt lebend, beschränkte er sich, von den Anfängen einer Zuckerkrankheit geschwächt, auf kleinere Studien

(Vorträge in der Mittwochsgesellschaft). Seit Herbst 1937 verfaßte er seine „Lebenserinnerungen“ (bis 1919), deren Abschluß kurz vor seinem Tode gelang. |

Auszeichnungen

Dr. phil. h. c. (Berlin), Dr.-Ing. E. h. (Stuttgart), Ehrenbürger v. Ludwigsburg, Pour le mérite (sämtlich 1915);

Goethe-Medaille f. Verdienste in Kunst u. Wiss. (1932).

Werke

Weitere W u. a. Die Liquidation d. Weltkriegs, in: Preuß. Jb. 179, 1920;

Der Feldherr wider Willen, 1931;

Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, hrsg. v. F. Frhr. Hiller v. Gaertringen, 1957 (*W, L, P*).

Literatur

E. Kabisch, G., in: Männer u. Mächte, 1932 (*P*);

Dorothea Groener-Geyer, General G., Soldat u. Staatsmann, 1955 (*W, L*);

R. H. Phelps, Aus d. G.-Dokumenten, in: Dt. Rdsch. 76-78, 1950-52;

Der Weltkrieg 1914-18, hrsg. v. Reichsarchiv, Bundesarchiv, 14 Bde., 1926-42/56 u. Das Feldeisenbahnwesen, Bd. 1, 1926;

E. O. Volkmann, Rev. üb. Dtlid., 1930;

K. Gf. v. Westarp, Das Ende d. Monarchie am 9.11.1918, hrsg. v. W. Conze, 1952;

O. E. Schüddekopf, Das Heer u. d. Republik, 1955;

W. Sauer, Das Bündnis Ebert-G., Diss. Freie Univ. Berlin 1957;

Th. Eschenburg, Die Rolle d. Persönlichkeit in d. Krise d. Weimarer Republik: Hindenburg, Brüning, G., Schleicher, in: Vjh. f. Zeitgesch. 9, 1961, S. 1-29;

S. A. Kaehler, Das Problem d. Königstodes, in: Stud. z. dt. Gesch. d. 19. u. 20. Jh., 1961, S. 280-95;

Th. Vogelsang, Reichswehr, Staat u. NSDAP, 1962 (*L*);

Die Regierung d. Prinzen Max v. Baden, hrsg. v. E. Matthias u. R. Morsey, 1962 (*L*);

F. L. Carsten, Reichswehr u. Pol. 1918–33, 1964; *aus d. umfangreichen Memoiren- usw. Lit. insbes.:* Prinz Max v. Baden, O. Geßler, H. Pünder, A. v. Thaer, St. v. Velsen, in: *Welt als Gesch.* 16, 1956. - Nachlaß (*lückenhaft; vgl. z. „Odyssee d. G.-Papiere“ d. Kontroverse D. Groener-Geyer mit F. Frhr. Hiller v. Gaertringen*

in: *Die Welt als Gesch.* 19, 1959) im Bundesarchiv Koblenz.

Autor

Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen

Empfohlene Zitierweise

, „Groener, Wilhelm“, in: *Neue Deutsche Biographie* 7 (1966), S. 111-114
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
